

# In Pfäffikon stehen mindestens fünf Änderungsanträge an

**Pfäffikon** Die Teilrevision der Pfäffiker Bau- und Zonenordnung ist das einzige Traktandum an der Gemeindeversammlung nächsten Montag. Trotzdem dürfte es ein langer Abend werden.

**Lea Chiapolini**

Eigentlich sind sich alle einig: Das Areal Tumbelen Nord in Pfäffikon ist eine grosse Chance für das Dorf. An der Gemeindeversammlung vom 16. September stimmt der Souverän über eine Umzonung des Areals von einer Gewerbe- und Industriezone in eine Zentrumszone mit Gestaltungsplanpflicht ab.

Dass diese Umzonung im Rahmen einer Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO) und nicht separat erfolgt, stösst der lokalen SVP aber sauer auf. «Im Erläuterungsbericht des Gemeinderats werden viele Fragen nicht oder nur unbefriedigend beantwortet», heisst es in einem Communiqué.

## Souverän ohne Mitsprache

Das Areal Tumbelen Nord umfasst Grundstücke der Huber+Suhner AG sowie der Gemeinde. Da der Industriekonzern seine Produktionsanlagen in das Areal Witzberg verlegt hat, sollen die südlichen Baufelder künftig für Wohnungen und Gewerbe genutzt werden.

Mittels eines Vertrags soll geregelt werden, welche Sachleistungen im Gegenzug für die Umzonung erbracht werden sollen. Es fliesst also kein Geld, sondern die Huber+Suhner AG würde beispielsweise für den Bau eines neuen Kindergartens aufkommen.

Dieser Vertrag wird zwischen dem Gemeinderat und der Huber+Suhner AG abgeschlossen. «Die Stimmberechtigten haben dazu nichts zu sagen», schreibt die SVP. Sie hält den Vertrag aber für «sehr unverbindlich» und in der vorliegenden Form für ungenügend.

Bevor das Thema neu traktandiert werde, müsse ein «echter Mitwirkungsprozess» stattfinden. Denn: «Wird ein Gestaltungsplan innerhalb der Eckwerte der neuen BZO erarbeitet, muss er der Gemeindeversammlung nicht mehr vorgelegt werden. Die Genehmigung liegt in der Kompetenz des Gemeinderats. Das heisst, die Stimmberechtigten haben dazu nichts mehr zu sagen.»

Darum ist jetzt schon klar: Die SVP wird an der Gemeindeversammlung einen Antrag stellen und die Aufteilung der Teilrevisi-

on der BZO und die Verschiebung aller Artikel, die das Areal Tumbelen Nord betreffen, fordern.

## SVP und SP auf einer Linie

Dabei sind sich SVP und SP für einmal einig. Denn die SP unterstützt den Antrag der SVP, das Thema Tumbelen Nord aus der BZO herauszunehmen. Sie fordert für die kommende Über-

bauung einen öffentlichen Gestaltungsplan.

Doch die SVP ist nicht die einzige Ortspartei, die bereits vor der Gemeindeversammlung Änderungsanträge bekannt gibt. So hat die lokale FDP ganze vier Anträge angekündigt. Der erste bezieht sich auf die umstrittene – von der SVP kritisierte und von der SP befürwortete – Grünflächenziffer. Die FDP beantragt, dass diese in den Einfamilienhauszonen reduziert werden soll, damit mehr Spielraum bei der Gestaltung gewährt wird.

**Preisgünstige Wohnungen**  
Weiter ist es für sie «nicht nachvollziehbar, wieso der Gemeinderat nach der Vernehmlassung

einen Mindestanteil von 10 Prozent preisgünstiger Wohnungen neu in der BZO aufgenommen hat». Die FDP beantragt, dass dieser Teil wieder gestrichen wird.

Zudem beantragt sie die Streichung des neu geplanten Verbots für Verkaufsflächen über 500 Quadratmeter im Gebiet Witzberg. Und zuletzt stellt sie den

Antrag, dass der grosse Grundabstand von 3,5 Metern für Bauten in allen Zonen weggelassen werden soll.

Die Pfäffiker EVP begrüsst die neue BZO, ebenso die Grünen. Wobei Letztere ebenfalls für mehr Mitsprache im Areal Tumbelen Nord plädieren. Dies soll durch eine Verschärfung der Gestaltungsplanpflicht mit verbindlicher öffentlicher Mitwirkung verbessert werden. «So soll der in diesem Areal vorgesehene Gestaltungsplan in jedem Fall durch die Gemeindeversammlung festgesetzt werden müssen.»

## Statement publiziert

Der vehemente Gegenwind hat indes den Pfäffiker Gemeinderat knapp eine Woche vor der Gemeindeversammlung dazu veranlasst, eine Stellungnahme zu veröffentlichen: «Der Gemeinderat hat in seiner bisherigen Kommunikation zur Frage, ob ein noch zu erarbeitender (privater) Gestaltungsplan Tumbelenstrasse Nord allein durch den Gemeinderat genehmigt werden kann beziehungsweise soll, keine Aussagen gemacht.»

Man sei einstimmig der Meinung, dass ein Gestaltungsplan aufgrund der Tragweite für Pfäffikon «auf jeden Fall» vor die Gemeindeversammlung zu bringen sein solle.

Die Frage, ob ein allfälliger städtebaulicher Vertrag mit Festlegungen, wonach der Mehrgewerterausgleich mit Sachleistungen kompensiert werden könne, ebenfalls vor die Gemeindeversammlung kommen solle, werde derzeit noch abgeklärt.

## Die Versammlung

Die Pfäffiker Gemeindeversammlung findet nächsten Montag, 16. September, um 20 Uhr im Chesselhuus statt. Die Teilrevision der Bau- und Zonenordnung ist das einzige Traktandum. Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt die Zustimmung. «Die Einführung von Grünflächenziffern erscheint recht und zweckmässig. Dasselbe gilt für die geplante Umzonung des Areals Tumbelenstrasse Nord», heisst es im beleuchtenden Bericht. (lcm)



An der Gemeindeversammlung im Chesselhuus stehen grosse Diskussionen an. Symbolfoto: PD

# Gossau genehmigt Erweiterungsbau für Asylunterkunft

**Gossau** Nach einem Verfahrensfehler an der Gemeindeversammlung im Juni mussten die Gossauer nochmals über den Baukredit für das Projekt «Wohnen in der Rössliwiese 2» abstimmen.

Gemäss dem Gossauer Gemeindeglied Thomas-Peter Binder waren 221 Stimmberechtigte der Einladung der Politischen Gemeinde am Montagabend in die reformierte Kirche gefolgt. Bereits zum zweiten Mal hatten sie dabei über den Kredit für einen Erweiterungsbau zur Unterbringung von Flüchtlingen und anderen Menschen in Notlagen abzustimmen.

An der Gemeindeversammlung vom 10. Juni stellte ein Stimmberechtigter den Antrag auf nachträgliche Urnenabstimmung. Das notwendige Drittel der anwesenden Stimmberechtigten stimmte ihm zu. Allerdings wurde ein Verfahrensfehler begangen: Der Gemeinderat hätte den Schlussscheid erst nach der Beratung des Geschäfts zur Abstimmung bringen dürfen.

Nach Rücksprache mit einem Anwaltsbüro entschied sich der Gemeinderat schliesslich, das Projekt «Rössliwiese 2» an der Gemeindeversammlung im September nochmals vorzulegen. Derselbe Antragsteller zeigte sich unzufrieden damit, dass das Geschäft erneut durch die Gemeindeversammlung behandelt würde.

Es folgte laut Binder eine Diskussion um den Erweiterungsbau. Insbesondere seien Proteststimmen gegen Bund und Kanton laut geworden, welche den Gemeinden immer mehr aufbürden würden mit der Erhöhung der Aufnahmequote.

Gemäss Gemeindepräsident Jörg Kündig (FDP) ist der Bundesrat über den Unmut der Gemeinden informiert worden. Die

Antwort von Bundesrat Beat Jans (SP) sei aber sehr ernüchternd ausgefallen. «Dies enttäuscht umso mehr, weil die Gemeinden und Städte erwarten, dass der Bund und der Kanton stärker Verantwortung übernehmen und eine engere Zusammenarbeit aller Beteiligten erfolgt.»

Die durch die Diskussionen ausgetauschten Informationen über die Notwendigkeit des Pro-

jekts schienen ihre Wirkung bei den Stimmberechtigten nicht verfehlt zu haben. Der Baukredit von 2,865 Millionen Franken wurde mit 151 zu 59 Stimmen genehmigt.

An die Urne kommt er nun aber doch nicht. Nur 64 von 74 notwendigen Stimmen folgten dem entsprechenden Antrag.

**Karin Sigg**